

FWG

BürgerInitiativ

Am Ende bleibt die Hoffnung

Ingelheim – hier geht es besser: eine Fotogalerie

Gespräche mit Herrn Jedermann

Geheimabsprachen und Scheindiskussionen sind passé

Weiterhin geschlossene Gesellschaft? So geht es nicht!

Ingelheim – das geht besser!

www.fwg-ingelheim.de

Editorial

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

nach der Ausgabe zur Stadtratswahl 2009 haben Sie nun die zweite „FWG-Zeitung“ vor sich. Dank Ihrer Stimmen konnten wir im letzten Jahr einen überragenden Erfolg erzielen. Statt zweier gibt es heute fünf FWG-Stadtratsmitglieder. Für Ihr Vertrauen möchten wir uns an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bedanken.

Vor der Wahl hatten wir uns einen Politikwechsel zum Ziel gesetzt. Mit Freude können wir berichten: Das Klima im Stadtrat hat sich verändert: die „Kleinen“ sind größer, die „Großen“ weniger. Man spricht mit uns, sucht unsere Mitarbeit. Wir können manches bewegen. Stichworte wären soziale Brennpunkte, Wasser-Kataster, Solar-Kataster, Stadtbrunnen.

Ein wichtiges Anliegen ist uns nach wie vor der direkte Kontakt zu den Bürgern. Wir kümmern uns, wir bringen Ihre Anfragen und Anträge ein und haken nach. Wir streiten weiter für mehr Öffentlichkeit in Stadtrat und Ausschüssen. Wir stehen zu unseren Aussagen vor der Wahl. Es gilt, die Versprechungen mit Leben zu füllen. Da gibt es noch einiges zu tun. Wir freuen uns über das bisher Erreichte und gehen mit ungebremstem Schwung an die zukünftigen Aufgaben!

Dr. Wolfram Gaida,
Vorsitzender der
FWG Ingelheim

Am Ende bleibt die Hoffnung

Größer, teurer, riskanter: Bauen wir solange, bis es klappt mit dem Zentrum?

Das Rauchverbot in Bayern, die Tragödie um die Love-Parade, der regelrechte Kampf um den Stuttgarter Bahnhof: Im Sommer 2010 artikulierten Bürgerinnen und Bürger in Deutschland ihren Unwillen an vielen Stellen. Um die Riesenbaustelle des Ingelheimer „Ergänzungszentrums“ ist es hingegen stiller geworden. Liegt das daran, dass endlich ein überzeugender Entwurf vorliegt? Gibt es vielleicht gar den Stimmungswechsel, den „Trend zur Vorfreude“ auf die neue Mitte, wie die CDU in ihrer letzten Zeitung hoffnungsvoll formulierte?

Wir von der FWG hören es immer wieder – mitnichten. Und das lässt sich in Zahlen und Fakten belegen. Ein erstes Warnzeichen war die satte Zweidrittelmehrheit gegen den Abriss des HdJ. Schnee von gestern, sagt die „Große Baukoalition“ dazu. Bei der Kommunalwahl machte die FWG, die sich als einzige Fraktion immer wieder gegen allzu hochfahrende Neubaupläne aussprach, dann ein Plus von sieben Prozent, genau so viel, wie die CDU verlor. In jüngster Zeit sprechen wieder andere Tatsachen: ein einziger unterstützender Leserbrief zum Ergebnis der Planungen, aber jede Menge Kritik, jede Menge Skepsis. Das sah auch der OB ein, der abweichend zu seiner Partei die-



„Bitte sag mir Joschi, wie krieg' ich das alles wieder raus aus der Innenstadt?“
„Was bisher immer geholfen hat, Eveline – erst mal ein GUTACHTEN!“

se Skepsis der Bürger öffentlich einräumte.

Enttäuschend fällt nun die erste Bilanz aus. Zwar ist einiges vermietet, aber was sind das für Zugewinne: C & A, Jeansläden, Apotheke, Friseur, die Kreisverwaltung, Rewe? Es gelang nicht einmal, einen „tegut“ in die Stadt zu holen.

Wir fragen uns: Ist das den ganzen Aufwand wert? Rechtfertigt verantwortungsvolles Wirtschaften, das gute Geld für so wenig Zugewinn an Stadtqualität auszugeben? Nimmt man die Grundstückskäufe hinzu, übersteigt die Summe der Investitionen bald die 100-Millionen. Jeder einzelne neue Stellplatz im Parkhaus kostet 60 000 Euro.

Damit nicht genug. Der Gigantismus der Planungen droht sich in der eigentlichen Innenstadt

zu wiederholen. Verlagerung des WBZ, Rathaus-Erweiterung, Kulturhalle – zu all diesen Themen hat die FWG bescheidenere, nachhaltigere Vorschläge formuliert. Sie wurden in der Regel überstimmt. Obwohl wir stets auf Alternativen hinwiesen, hat die Stadtratsmehrheit aus dem HdJ-Debakel wenig gelernt: Konstruktive Kritik stellte man gern als Nörgelei hin, die eigene Vorstellung setzte man meist ohne Wenn und Aber durch.

Nun vernehmen wir das Hohe Lied der Hoffnung: Die Ingelheimer würden ihre Stadt Ende 2011 nicht mehr wieder erkennen. Das sagen die wenigen, die davon profitieren. Die meisten Bürger bleiben skeptisch. Und es werden einfach nicht weniger, denen der gemeinsame Lobgesang von Bauunternehmern und Politikern wie eine Drohung im Ohr klingt.

Überfällige Stadtbücherei

In Ingelheim ist der Neubau der Stadtbücherei überfällig. Wir stimmen lebhaft zu. Weniger schön ist das freilich für die Stadtteile, die auch in Zukunft versorgt werden wollen. Wir zitieren weiter aus dem Protokoll der Expertenrunde, an der die FWG mit Eifer teilnahm: Der Name „Stadtbücherei“ solle beibehalten werden, denn Bezeichnungen wie „Mediathek“ seien vorübergehenden Moden unterworfen.



Friseurladen oder Touristikbüro?



Hier soll nun der 20. Friseurladen in Ingelheim einziehen ... oder schon der 25.? Das Bahnhofsgebäude wäre als Standort für die Touristik-Information unserer Stadt weitaus besser geeignet. Wer will dagegen neben Gleisen wohnen? Im Schlaf rattern Güterzüge vorbei ... ein schlechter Traum, der auf kommende Leerstände hinweist. Eine weitere, dezentrale Alternative und damit eine Entlastung des Rathauses: Nutzung der oberen Stockwerke als Räume des Amts für Kultur und Touristik.

Gespräche mit Herrn Jedermann

„Hallo Herr Jedermann, haben Sie schon gehört, die Stadt will den Winz Keller kaufen!“ „Ach ja. Weiß denn die Verwaltung schon wofür?“ „Warum ist das wichtig? Die haben doch auch den ‚Alten Huf‘ auf Vorrat gekauft und wussten nicht wofür.“ „Dort eine Vinothek einzurichten wäre doch nicht schlecht?“ „Genau, so etwas fehlt zurzeit in Ingelheim.“ „Aber was geschieht mit den übrigen Räumen und den Kellern?“ „Nun ja, wenn man allein für ein Nutzungskonzept die Zeiteinheit Hufzeit (fünf Jahre) in Anschlag bringt, gibt es eine halbe Lösung, für eine ganze braucht man dann halt zwei dieser Zeiteinheiten. Oder in Ingelheim manchmal drei.“

Ingelheim – hier

Auf die Bürger zugehen

Kann sich eine Stadt dauerhaft unzufriedene Bürger leisten? Am alten Marktplatz in Nieder-Ingelheim ist das Vertrauen in die Politik seit längerem nachhaltig gestört. Sollten Politiker nicht auf die Menschen zugehen und nach Kompromissen suchen? Damit wären doch beide Seiten glücklicher.



Gespräche mit Herrn Jedermann

„Hallo Herr Jedermann, Sie hier mit einem Rollator unterm Arm?“ „Ja, aber gebrauchen kann man den hier so gut wie gar nicht. Bei diesem Granitsteinpflaster mit seinen breiten Fugen ist das Ding nicht zu lenken, es macht mit Ihnen was es will.“ „Wie das?“ „Wenn Sie es benutzen, werden Sie durchgeschüttelt und -gerüttelt, dass Ihnen Hören und Sehen vergeht. Ein kleines Beispiel: Meine Tante ist vom Parkplatz „An der Wäschbach“ mit zwei Bechern Sahne im Einkaufskorb des Gefährts zu ihrer Freundin im Saalgebiet hoch gegangen, als sie dort ankam, hatte sie zwei Becher Butter im Korb.“

Schönere Hallen im Außenbereich



Unser Bohren hinsichtlich der Gestaltung der Außenhallen ist auf fruchtbaren Boden gefallen. Es wird demnächst für Ingelheim eine Gestaltungssatzung geben, die erste in Rheinland-Pfalz! Dann passen kommende Hallen hoffentlich besser in die Weinkulturlandschaft.

Die Zukunft des Kinos

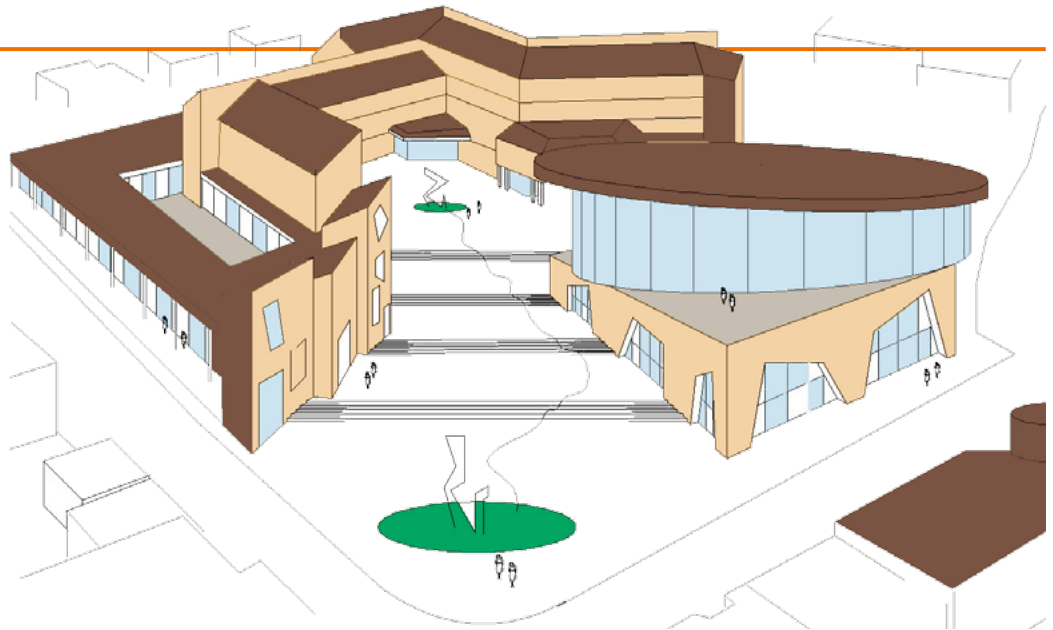
Die Ingelheimer Kinos sind in einem bedauerlichen Zustand. Die FWG ist für ihren Erhalt unter sozial verträglichen ebenso wie marktwirtschaftlichen Bedingungen. Auf lange Sicht regen wir an, über ein kommunales Kino nachzudenken, das in der Neuplanung der Innenstadt bereits zu bedenken ist. Darüber sollte baldmöglichst eine interfraktionale Expertengruppe beraten.



Für ein markantes, offenes Zentrum

Die Stadt hat ihr eigentliches Zentrum rund um das Rathaus neu planen lassen. Erste Ergebnisse sind – je nach Einschätzung – ernüchternd bis niederschmetternd. Die Binger Straße würde zur Straßenschlucht, es fehlen Bezüge zu den Nachbarplätzen, das Rathaus schottet sich ab. Dem gesamten Ensemble mangelt es an Freundlichkeit und Offenheit. Der Ingelheimer Architekt Michael Gemünden hat sich darauf seine eigenen Gedanken gemacht und kommt zu dem hier gezeigten Ergebnis.

Charmant wirkt die Öffnung zur Stadt mit Treppen und Brunnen sowie die niedrigen Arkaden an der Binger Straße. Das Rathaus öffnet sich dem Besucher nun weithin sichtbar. Es entsteht eine interessante Diagonale zum sogenannten Ergänzungszentrum. Architekt Gemünden erläutert sei-



nen Entwurf: „Eine solche Halle muss als wichtiges kulturelles Bauwerk eine signifikante Form besitzen. Sie sollte eingebettet sein in ein städtebaulich beglei-

tendes, aber keinesfalls konkurrierendes Umfeld. Damit erreicht man eine Identifikation des Bürgers mit seiner Stadtmitte.“ Unsere Vorstellungen von der Größe

eines Kulturhauses sind freilich andere als die von Michael Gemünden, doch steckt in seinem Ansatz einiges an Potential. Wir warten auf den Wettbewerb.

geht es besser!



Noch mehr Leer-Gut?

Eine weitere städtische Immobilie, die demnächst vermutlich für längere Zeit leer stehen wird. Erst vor wenigen Jahren wurde das WBZ erheblich erweitert und aufwendig renoviert. Ob es nach einem Umzug so gut lief wie bisher? Gut funktionierend, untergebracht in einem schön anzusehenden Gebäude, von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen: das ist schon etwas in Ingelheim. Insgesamt also ein trauriges Kapitel. Herr Jedermann denkt auch darüber nach.

Gespräche mit Herrn Jedermann

„Guten Tag, Herr Jedermann, ist es wahr, das WBZ soll in die Nähe des Rathauses?“ „Ja, das ist wahr.“ „Also sind die im Stadtrat jetzt ganz und gar von der Rolle? Was denken die sich eigentlich dabei?“ „Denken? Das ist so eine Sache!“ „Ich nehme an, wegen Synergieeffekten soll die Bildungseinrichtung ganz dicht an das Rathaus.“ „Ach so, ja dann hätten also auch die im Ratssaal was von der Bildung.“ „Aber warum werden wir dazu nicht gefragt?“ „Ganz einfach, noch steht das WBZ zu weit weg vom Rathaus.“

Brunnen



Dieser Brunnen hat nur einen Fehler: Er steht definitiv am falschen Ort! In Ingelheim gibt es viel Kunst rund ums Wasser, doch zu wenig sprudelnde, plätschernde, muntermachende, Freude spendende Brunnen!



Radwege nicht vergessen

An der Binger Straße ist die Lösung vorbildlich: Autoverkehr und Radfahrer sind sorgsam voneinander getrennt und existieren doch nebeneinander. Trotz der Arbeit des Fahrradbeauftragten tut sich in dieser Richtung zu wenig. Wir fordern geteilte Fahrbahnen insbesondere auf den Wegen zu Schulen und zu anderen sozialen Zentren, im Interesse sowohl der Radler wie der Autofahrer.

Geheimabsprachen und Scheindiskussionen sind passé

Alte Fehler vermeiden: Die Planung des neuen Zentrums muss offen verhandelt werden

Für alle Bürger sichtbar wird beim Ergänzungszentrum derzeit der Beton vergossen. Das konnten 5634 ablehnende Bürger leider nicht verhindern. Wenn auch zähneknirschend, musste die FWG die gefassten Ratsbeschlüsse zur Kenntnis nehmen. Sie hat mitgearbeitet und konstruktive Kritik geübt, um aus dem Projekt noch das Beste zu machen. Die Nagelprobe für die Richtigkeit der Entscheidung wird aber erst zwei bis drei Jahre nach dem Start des HBB-Centers kommen: Dann erst wird sich zeigen, ob das Zentrum von den Ingelheimern wirklich angenommen wird, ob der Einzelhandel profitiert, ob der neue HUF untergeht oder überleben kann.

Daher sind wir, wie zuweilen unterstellt wird, auch keine schlechten Verlierer. Bis sich erweist, ob sich die erhoffte Akzeptanz in der Innenstadt einstellt oder nicht, halten wir kritische Distanz, wie unser Fernbleiben beim Spatenstich zeigte: Keiner kann erwarten, dass wir bei dem symbolträchtigen Jubelakt Beifall

klatschend Spalier stehen. Wir sehen uns als Bürgervertreter, die einem leider folgenlosem Votum nicht nachtrauern. Wir nehmen es als Ansporn, durch konstruktive Mitarbeit in Ingelheim einiges besser zu machen.

Alternativen bedenken

Jetzt, bei der weiteren Konkretisierung der Rahmenplanung für den Rest unserer Stadtmitte, geht es darum, den Beton für die diversen Vorhaben sparsamer und vor allem besser zu verteilen. Hierzu hat die Mehrheit des Stadtrates im Juni 2010 Eckwerte beschlossen. Die FWG steht hinter den Eckwerten des Rahmenplanes – nicht aber hinter den Teilvorhaben, die das Rathausgelände betreffen.

Derzeit wird der Planungsprozess weiter vorangetrieben. Es müssen nun Alternativen zu der bisher von den beiden großen Parteien favorisierten Bebauung des Rathausgeländes mit Stadthalle, WBZ, Musikschule und Rathausenerweiterung erarbeitet werden. Die FWG setzt sich weiter für

eine maßvolle, städtebaulich und finanziell verträgliche Bebauung ein. Sie ist sich dabei der Unterstützung vieler Ingelheimer Bürgerinnen und Bürgern sicher.

Die Vorschläge der FWG und verschiedener Bürger, die aufzeigen, dass man es besser machen kann, liegen vor. Sie müssen bei der Erarbeitung von Alternativen berücksichtigt, diskutiert und auf Machbarkeit untersucht werden.

Dabei geht es vor allem auch um die planerische Vorgehensweise: Die architektonische Einbindung stadtprägender Funktionen in gewachsene Strukturen muss sorgfältig erarbeitet, abgewogen und bewertet werden. Neue Gebäude müssen Bezüge zu gewachsenen Strukturen haben – Ingelheim ist nicht Frankfurt! Die Gesichtlosigkeit und Austauschbarkeit vieler Stadtzentren sind warnende Beispiele. Wir sollten daraus lernen.

Der FWG und der alarmierten Öffentlichkeit ist seitens CDU und SPD im Stadtrat zugesichert worden, keine Scheinalternati-

ven oder belanglose Planungsvarianten vorzulegen, sondern über echte Alternativen zu diskutieren. Wir erwarten, dass in diesem Geiste den Planern städtebaulich verträgliche Lösungen vorgegeben werden und andere Vorschläge unterschiedslos und sorgfältig beurteilt werden.

Echte und ehrliche Debatten

Die stille große Koalition von SPD und CDU hat sich bisher immer wieder über vielfache Bedenken hinweggesetzt und durch ihre Vorabstimmungen klärende, fruchtbare Debatten – mit oder ohne Öffentlichkeit – zur Scheindiskussion verkommen lassen. Dabei darf es nicht bleiben.

Konsensfindung und öffentliche Akzeptanz bedürfen echter Debatten. Politische Absprachen dürfen sein, sie gehören zur Mehrheitsfindung. Aber offene Diskussionen und der Austausch von Argumenten mit den Bürgerinnen und Bürgern müssen Entscheidungen von solcher Tragweite für unsere Stadt vorangehen. K. Hü.

Weiterhin geschlossene Gesellschaft? So geht es nicht!

Erst die Öffnung der Ausschüsse bringt die Bürger ins Boot – und auch den Politikern wäre geholfen

Politikverdrossenheit ist ein Stichwort dieser Tage. Manch einer lässt über sich ergehen, was „die da oben“ in Parlamenten und Räten beschließen. Doch immer dann, wenn es um kommunale Belange geht, wenn Bürgerinnen und Bürger vor ihrer eigenen Haustür mit unliebsamen Entscheidungen konfrontiert sind, regt sich Widerspruch. Das Problem: Zu oft ist das Kind schon in den Brunnen gefallen, sind Entscheidungen bereits getroffen und demokratisch legitimiert.

Die Lösung liegt auf der Hand. Die FWG fordert sie seit den letzten Wahlen, und die anderen Parteien ziehen mittlerweile nach: die Bürger ins Boot holen, sie, und damit uns alle, an den Entscheidungsprozessen teilnehmen lassen. Erreicht werden kann das nur, wenn alle Ausschüsse ohne Bedingung für die Öffentlichkeit und die Presse zugänglich sind.

Helena Sender-Petry hat dieses Problem in der AZ unter dem Titel „Etikettenschwindel“ in aller Deutlichkeit kommentiert:

„Demokratie funktioniert nur dann, wenn einzelne politische



Positionen im Kontext parlamentarischer Auseinandersetzungen ständig sichtbar gemacht werden, mit dem Ziel, sie für die Öffentlichkeit verständlich, nach-

vollziehbar und damit kontrollierbar zu gestalten. Was macht es für einen Sinn, Projekte vorzustellen, wenn nicht gleichzeitig das Für und Wider thematisiert wird? Das immer bemühte Argument, Einzelne könnten vor Publikum zu große Volksreden schwingen und mit populistischen Parolen die Bürger blenden, darf getrost müde belächelt werden.“ (Allgemeine Zeitung, Ausgabe Ingelheim, 20.10.10)

Es ist den Bürgern zuzutrauen, Schaumschläger und Schönsprecher zu durchschauen. Solide Ratsarbeit, durchdachte Argumentationen, seriöse Diskutanten fielen dagegen auf. Ein weiteres Argument: die beliebten, geheimen Vorabsprachen würden schwieriger. Der kommunale Filz würde ein wenig dünner. Zuletzt: Auch die Presse müsste nicht mehr mit der Öffentlichkeit aus dem Saal.

Freilich müsste jeder einzelne Mandatsträger dann abwägen, wie

er sich äußert. Aber kann es hier wirklich Geheimnisse geben? Ist es nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht der Bürgerinnen und Bürger, sich über die Politik in ihrer Stadt auf dem Laufenden zu halten? Spielt dabei nicht der freie Zugang zu allen Informationen die entscheidende Rolle?

Impressum

Herausgeber: FWG Ingelheim
Dr. Wolfram Gaida (v.i.S.d.P.)
Vorsitzender der FWG Ingelheim
Selztalstraße 77b
55218 Ingelheim
Telefon 06132 2815
www.fwg-ingelheim.de
info@fwg-ingelheim.de

Texte und Redaktion: Thomas Meder
Karikatur: Mike Gérard
Fotos: Ingrid Schröter

Layout: mayart GmbH, Ingelheim
Druck: cross-effect, Ingelheim

Ingelheim, November 2010